

Grüne begrüßen Ergebnis des neuen NahverkehrsPlans NVP

Im letzten Kreistag in diesem Jahr, am 17.12.13 soll die Weiterentwicklung des Nahverkehrsplans beschlossen werden. In anderthalb Jahren entstand ein umfangreiches und ausführliches Werk, das unter Berücksichtigung der knappen Kassen in den Kommunen ein ausreichendes Busangebot für die Bevölkerung zusammenfasst.

In zahlreichen Gesprächsrunden mit Fachleuten und Politikern entstanden drei Kapitel zur Angebotsplanung, Schulzeitenstaffelung sowie Tarifgutachten. Neben der ausreichenden Bedienung mit Busangeboten standen die Anbindung der Gewerbegebiete (Berufspendler), der Nachtverkehr (Freizeitverkehr) und die Verknüpfung von ÖPNV und Radverkehr auf der Agenda.

Alle betroffenen Kommunen des Kreises Unna waren in dem langen Prozess eingebunden. Ebenso die Kreispolitik!

Umso mehr staunen die Grünen über den neuerlichen Antrag der CDU-Fraktion zum Kreistag, erneut die Gutachter zu beauftragen, den nun vorliegenden Entwurf zu überarbeiten. Die verkehrspolitische Sprecherin der Kreistagsfraktion, Anke Schneider: „Fast alle Kommunen haben ihr Ok gegeben, die Vorschläge der Gutachter umzusetzen. Bis auf Schwerte, die ihr Angebot beibehalten wollen, obwohl es über dem vereinbartem Standard liegt und Selm, die sich finanziell keine Neuerungen erlauben können. Insgesamt wird so ein zufriedenstellendes Bus-Angebot für den Kreis Unna angeboten und keine Luxus-Variante.“ Für Schneider ist es auch nachvollziehbar, dass die Fröndenberger, der vorgeschlagenen Erweiterung des Angebotes an Sonntagen nicht zustimmen, der Kosten-Nutzen-Vorteil ist dort tatsächlich nicht nachvollziehbar.

Herbert Goldmann, Fraktionsvorsitzender der Grünen Kreistagsfraktion, schickt in Richtung CDU die Erinnerung, dass sich alle Kreistagsfraktionen für einen möglichst sorgsam und einvernehmlichen Beschluss ausgesprochen haben, auch im Hinblick auf die finanzielle Lage der Kommunen Entscheidungen zu treffen: „Dieses Ziel kann ich bei der CDU beim besten Willen nicht erkennen – erneut den Gutachter zu betrauen und trotz gemeinsamen Abstimmungen aller Städte die nach langem Prozess gefundene Lösung abzulehnen, halte ich für absurd.“